

breiten Öffentlichkeit sicherlich akzeptiert worden wäre, opponierten im Elsaß das „Syndicat national des instituteurs“ und die französische Schulverwaltung selbst gegen diese relativ bescheidenen Ansätze eines auf Zweisprachigkeit angelegten Bildungssystems und dies, obgleich weite Teile der elsässischen Bevölkerung im Interesse der Absicherung ihrer regionalen Sprachkultur ein noch höheres Maß an deutscher Sprachenlehre wünschten⁵². Solche Sehnsüchte nach sprachlicher Identität vor dem Hintergrund einer komplizierten Verkettung von deutschem Dialekt und zwei als lebensnotwendig anerkannte nationale Hochsprachen im Rahmen eines intensiven regionalen Denkens⁵³ gab es an der Saar nicht. Hier war das Sprachinteresse der Bevölkerung in erster Linie auf die deutsche Muttersprache gerichtet. Die rigide Sprachpolitik Frankreichs in seinen eigenen Grenzgebieten und gegenüber einer Bevölkerungsgruppe, die offen für den zweisprachigen Bildungsweg auftrat, auf der einen Seite, und seine in der saarländischen Öffentlichkeit als fordernd und engherzig empfundene sprachpolitische Haltung gegenüber einer Bevölkerung, deren Verhältnis zur Muttersprache, Kultur und Nation eigentlich festgelegt und intakt war, auf der anderen Seite, mußte zwangsläufig die Glaubwürdigkeit einer Position erschüttern, die ihre sprachpolitischen und sprachpädagogischen Ziele mit den Intentionen von Völkerverständigung und Europa zu identifizieren suchte⁵⁴. Im Grunde bildete der französische Sprachunterricht im Bereich der Volksschule die stärkste bildungspolitische Barriere zwischen Regierung und Lehrerschaft. Darum sollen an dieser Stelle in einer Rekapitulation die Gründe für diesen Gegensatz zusammengefaßt werden, um gleichzeitig die Gelegenheit zu erhalten, am Detail zu demonstrieren, wie vielschichtig die wachsende Entfremdung zwischen Regierung und Lehrerschaft motiviert war und warum die Lehrer zwangsläufig und zunehmend auf Distanz zu einem autonomistischen Kurs und seinen ihm eigentümlichen Vorstellungen von einem zukünftigen Europa gedrängt wurde: Da wäre erstens die engherzig gehandhabte Lehrerbildung und -besoldung zu erwähnen, die eine im Berufspolitischen äußerst sensible Volksschullehrerschaft in ihren zentralen Anliegen in die Zeit vor Weimar zurückwarf. Ihr wurde eine als fortschrittlich und notwendig deklarierte Fremdsprachenschulung für breite Bevölkerungskreise übertragen, die gewissermaßen diametral zur ideell-materiellen Unterbewertung ihres Berufes (z. B. seminaristische Lehrerbildung) stand und schon aus diesem Grunde provozierend wirkte. Diese Herausforderung erhielt durch die personalpolitische Begünstigung der im Französischunterricht erfolgreichen Lehrer einen besonderen Akzent der Spannung.

⁵² Vgl. hierzu im einzelnen die Publizistik zu dieser Thematik im Bestand B VIII, Geschichte und Landeskunde (Unter-Nr. 4: Sprache), der Zeitgeschichtlichen Sammlung Schneider/Becker. LA Saarbrücken. Ob die im Schreiben des Amtes für auswärtige und europäische Angelegenheiten an das Kultusministerium vom 1. 6. 1953 mitgeteilte Absicht, den Französischunterricht an saarländischen Volksschulen parallel zur Entwicklung des Deutschunterrichts im Elsaß an vergleichbaren Bildungseinrichtungen im Rahmen von vier Wochenstunden vom 3. Schuljahr an zu organisieren, einen realen Hintergrund gehabt hat, konnte leider nicht geklärt werden. LA Saarbrücken, Bestand Amt für auswärtige und europäische Angelegenheiten Nr. 104.

⁵³ In diesem Zusammenhang sei auf die von K. H. Rothberger vorgelegte Studie über die elsässisch-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hingewiesen.

⁵⁴ Vgl. dazu als Beispiel das Protokoll über die Philologenversammlung am 4. 11. 1953 in Saarbrücken, in dem dieser Graben zwischen Lehrerschaft und Regierung in der kontroversen Diskussion über die Sprachenfolge an Oberschulen deutlich wird. LA Saarbrücken, Zeitgeschichtliche Sammlung Schneider/Becker, Bestand B VIII.